



Berliner Klimaschutz in der nächsten Legislaturperiode

Berlin, den 22. Juli 2016

Sehr geehrte Wahlkreiskandidatin / sehr geehrter Wahlkreiskandidat,

Sie kandidieren für die Wahl zum Abgeordnetenhaus am 18. September in Berlin. Ein zentrales Thema für Berlin als moderne Metropole ist die nachhaltige Energieversorgung. Die Weltklimakonferenz von Paris und das UN-Habitat-Forum haben deutlich gezeigt, dass Städten wie Berlin dabei eine Schlüsselrolle zukommt. Städte beherbergen die Hälfte der auf der Erde lebenden Menschen. Sie sind verantwortlich für drei Viertel aller CO₂-Emissionen. Berlin kann mit seiner Innovationskraft und engagierten Zivilgesellschaft urbane Antworten auf die Herausforderung des Klimawandels geben und als Leuchtturm für andere Städte wirken.

Vor diesem Hintergrund hat die Enquete-Kommission „Neue Energie für Berlin – Zukunft der energiewirtschaftlichen Strukturen“ einen [Maßnahmenkatalog für ein klimaneutrales Berlin](#) bis zum Jahr 2050 erarbeitet. In einer einmaligen parteiübergreifenden Zusammenarbeit haben Abgeordnete und Sachverständige aus Zivilgesellschaft und Forschung diesen Fahrplan für eine zukunftsfähige Energieversorgung einstimmig beschlossen.


Nach der Wahl kommt Ihnen die Aufgabe zu, die Erreichung der Klimaziele Berlins sicherzustellen, dabei sind auch die Ergebnisse der Enquete-Kommission umzusetzen. Als Verbände aus den Bereichen Verbraucher- und Umweltschutz, Entwicklungszusammenarbeit, Kirche und Gewerkschaften haben die Ergebnisse der Enquete-Kommission für uns eine hohe Priorität. Daher möchten wir Sie bitten, uns Ihre Haltung zu den folgenden Empfehlungen der Enquete-Kommission mitzuteilen. Dafür haben wir den beigefügten Fragebogen vorbereitet. Sie würden uns sehr helfen, wenn Sie ihn uns bis zum 05.08.2016 an uns zurückschicken, unter folgender E-Mailadresse: svanja.almann@klima-allianz.de. Eine Übersicht der Antworten kann auf der Homepage der Klima-Allianz Deutschland abgerufen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Reiner Wild, Geschäftsführer Berliner Mieterverein e.V.

Christine Kühnel, Vorsitzende Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland Landesverband Berlin e.V.

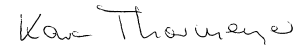
Klaus Milke, Vorstandsvorsitzender Germanwatch



Doreen Siebernik, Vorsitzende
Gewerkschaft Erziehung und
Wissenschaft Berlin



Tom Erdmann, Vorsitzender
Gewerkschaft Erziehung und
Wissenschaft Berlin



Karen Thormeyer, Geschäftsführerin
GRÜNE LIGA Berlin e.V.



Christiane Averbeck, Geschäftsführerin
Klima-Allianz Deutschland



Marion Lieser, Geschäftsführerin Oxfam
Deutschland e.V.



Gülcan Nitsch, Geschäftsführerin Yeşil
Çember

Berliner Klimaschutz in der nächsten Legislaturperiode

Name:

Partei:

Wahlkreis:

Masterplan Solarhauptstadt umsetzen

Weniger Treibhausgase und bessere Luft – das erreicht Berlin nur mit deutlich mehr erneuerbarer Energie. Photovoltaikanlagen auf den Dächern und an den Fassaden bieten in der Stadt das größte Potenzial. Laut der Machbarkeitsstudie Klimaneutrales Berlin 2050 kann Berlin ein Viertel seines Strombedarfs von der Sonne beziehen. Um dieses Potenzial zu heben, spricht sich die Enquete-Kommission für die Umsetzung eines Masterplans Solarhauptstadt aus:

„Masterplan Solarhauptstadt:

- *Einrichtung eines Forschungsclusters;*
- *Umsetzung innovativer Leitprojekte und Pilotvorhaben forcieren, etwa unter Beteiligung der Berliner Hochschulen bzw. außeruniversitärer Institute sowie privater Unternehmen;*
- *Nutzung besonders großer öffentlicher Dachflächen – auch auf U- und S-Bahnhofdächern – mit Priorität vorantreiben; Zielvorgabe: bis zum Jahr 2020 sollten 80 Prozent und bis zum Jahr 2025 alle dafür geeigneten Dachflächen des Landes Berlin für die Energiegewinnung genutzt werden“ (Empfehlung der Enquete-Kommission, S. 100 des Abschlussberichtes)*

Werden Sie im Falle Ihrer Wahl ins Abgeordnetenhaus den Masterplans Solarhauptstadt umsetzen?

Ja

Nein

Kommentar:

Starkes Klimastadtwerk aufbauen

In einem Volksentscheid haben sich über 600.000 Berlinerinnen und Berliner für ein Stadtwerk ausgesprochen, das die Energiewende sozial, ökologisch und demokratisch in Berlin umsetzt. Trotz dieser großen Zustimmung gibt es bisher nur ein kleines Stadtwerk mit einem sehr

eingeschränkten Aufgabenspektrum. Die Enquete-Kommission hat sich für die Ausweitung der Aufgaben des Stadtwerkes ausgesprochen.

"Berlin braucht ein Stadtwerk neuen Typs, für das der Klimaschutz die Kernaufgabe ist und das sich zu 100 Prozent in landeseigenem Besitz befindet. Die möglichen Aktivitäten reichen von der Investition in Erneuerbare-Energien-Anlagen (z. B. KWK- und Solaranlagen im Rahmen von Mieterstrommodellen), innovativen Vertriebsmodellen bis hin zu dem umfangreichen Spektrum an Energiedienstleistungen (z. B. Energieeffizienzmaßnahmen, Energiekonzepte für öffentliche Einrichtungen, Intracting, quartiersbezogene Versorgungskonzepte, Unterstützung der sozialverträglichen Gebäudesanierung, Energiesparberatungen)." (Empfehlung der Enquete-Kommission, S. 92 des Abschlussberichtes)

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl ins Abgeordnetenhaus für eine entsprechende Ausweitung der Aufgaben des Berliner Stadtwerkes einsetzen?

Ja

Nein

Kommentar:

Kohleausstieg für Berlin

Kohle ist der klimaschädlichste Energieträger. Das Braunkohlekraftwerk Klingenberg sowie die steinkohlebefeuerten Kraftwerke Moabit, Reuter und Reuter West sind für [27,5 Prozent der gesamten CO₂-Emissionen Berlins](#) verantwortlich. Einstimmig sprachen sich die Mitglieder der Enquete-Kommission für einen Braunkohleausstieg bis spätestens 2020 und einen Steinkohleausstieg bis spätestens 2030 aus.

"Kohleausstieg: Umsetzung des Braunkohleausstiegs Berlins bis spätestens zum Jahr 2020 und des kompletten Ausstiegs aus der Kohleverstromung und -wärmegewinnung bis spätestens zum Jahr 2030" (Empfehlung der Enquete-Kommission, S. 86 des Abschlussberichtes)

Werden Sie im Falle Ihrer Wahl ins Abgeordnetenhaus den Braunkohleausstieg bis spätestens 2020 und den Steinkohleausstieg bis spätestens 2030 umsetzen?

Ja

Nein

Kommentar:

Keine neuen Tagebaue in Brandenburg

Die Länder Berlin und Brandenburg können sich auf ihrem Weg zur Klimaneutralität ergänzen. Keinen Platz hat da allerdings die klimaschädliche Braunkohleverstromung. Diese darf nicht durch den Aufschluss neuer Tagebaue verlängert werden und sollte nicht weiter Grundsatz der gemeinsamen Landesplanung sein.

"Die Erschließung der Braunkohletagebauegebiete Welzow-Süd-II und Jänschwalde-Nord widerspricht den Klimazielen und dem Interesse Berlins und ist auch mit den Klimazielen der Bundesregierung und Brandenburgs nicht in Einklang zu bringen. Aus Berliner Sicht ist die Gewinnung und Nutzung der Braunkohleressourcen deshalb als Grundsatz aus dem gemeinsamen Landesentwicklungsplan zu streichen." (Empfehlung der Enquetekommission, S. 30 des Abschlussberichtes)

Werden Sie im Falle Ihrer Wahl ins Abgeordnetenhaus entsprechend dieser einstimmigen Empfehlung der Enquete-Kommission handeln?

Ja

Nein

Kommentar:

Wärmewende sozial gestalten

Der Gebäudebereich ist für fast die Hälfte der Berliner CO₂-Emissionen verantwortlich. Für die klimaneutrale Stadt müssen also möglichst viele Häuser energetisch saniert werden. Die energetische Sanierung ist jedoch in den letzten Jahren ein Angstwort für viele Mieterinnen und Mieter geworden. Sie befürchten steigende Mieten und nur geringe Ersparnisse bei den Energiekosten (der zweiten Miete). Daher empfiehlt die Enquete-Kommission ein Förderprogramm, das sich an Mieterinnen und Mietern ausrichtet und mietenneutrale Sanierung belohnt.

"Das Land Berlin, in dem überproportional viele Mieterinnen und Mieter mit geringem Einkommen leben, sollte sich bei eigenständigen Förderprogrammen zur Sanierung des Gebäudebestandes, die es in Ergänzung der Bundesprogramme entwickeln will, deshalb auf ein Programm konzentrieren, das insbesondere Mieterhaushalte mit geringem Einkommen unterstützt. Die Förderung sollte angesichts der knappen Berliner Haushaltsmittel generell als Ergänzung zu einer Bundesförderung (z. B. der KfW) konzipiert werden. Die Enquete-Kommission empfiehlt in einem ersten Schritt, gezielt solche Energiesparmaßnahmen an Gebäuden zu fördern, von denen vor allem auch Mieterinnen und Mieter profitieren. Der Senat sollte mit der Investitionsbank Berlin ein Förderprogramm auflegen, das gezielt geringinvestive Einsparmaßnahmenpakete fördert. Dieses sollte auf der KfW-Förderung für Einzelmaßnahmen aufgesetzt werden, um die Wirkung zu erhöhen. Wenn sich die Eigentümerinnen und Eigentümer verpflichten, warm- mietenneutral zu sanieren, sollte wie bei einem

Landesprogramm in Hamburg die Förderung ansteigen." (Empfehlung der Enquete-Kommission, S. 68 des Abschlussberichtes)

Werden Sie im Falle Ihrer Wahl ins Abgeordnetenhaus für ein solches Förderprogramm eintreten?

Ja

Nein

Kommentar:

Wärmegegesetz

Noch kommt Fernwärme in Berlin zu [64 Prozent aus klimaschädlichen Kohlekraftwerken](#). An ihre Stelle müssen effiziente Gaskraftwerke und erneuerbare Energien treten. Damit sich diese Umrüstung lohnt, empfiehlt die Enquete Kommission in einem Wärmegegesetz steigende Anforderungen an die Produktion von Fernwärme zu definieren.

"Um die notwendige Erneuerung des Kraftwerksparks und die Integration erneuerbarer Energien in die Fernwärme voranzubringen, sollte die Regulierung [der Fernwärme durch ein Wärmegegesetz] daher zusätzlich auch stufenweise steigende Anforderungen an die CO2-Bilanz der durch das Fernwärmenetz durchgeleiteten Wärme beinhalten." (Empfehlung der Enquete-Kommission, S. 52 des Abschlussberichtes)

Werden Sie im Falle Ihrer Wahl ins Abgeordnetenhaus für die Verabschiedung eines Wärmegegesetzes, wie es die Enquete-Kommission vorsieht, stimmen?

Ja

Nein

Kommentar:

Beteiligungskultur leben

Beteiligung ist der Motor für die gelungene Energiewende und nicht die Bremse. Diese Erkenntnis muss sich in den Strukturen und Prozessen der Berliner Energiepolitik widerspiegeln.

„Neben der Einbindung der Stadtgesellschaft durch gesellschaftliche Vertreterinnen und Vertreter im Steuerkreis Energiewende und in (Kunden-)Beiräten oder der Förderung der finanziellen Beteiligung empfiehlt die Enquete-Kommission, partizipative Verfahren auch strukturell zu verankern.

Darüber hinaus muss sich in Berlin eine Beteiligungskultur etablieren. Dies umfasst die Vermittlung von Methoden- und Partizipationskompetenzen, die Bereitschaft, partizipative Rahmenbedingungen für Bürgerinnen und Bürger zu schaffen, die Überwindung von Ängsten und Widerständen in Verwaltungen und Behörden, sich auf das Risiko Bürgerbeteiligung einzulassen.“ (Empfehlung der Enquete-Kommission, S. 95 des Abschlussberichtes)

Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl ins Abgeordnetenhaus entsprechende Beteiligungsprozesse strukturell verankern und Beteiligungskultur fördern?

Ja

Nein

Kommentar:

Rückantwort bis zum 05. August an:

Klima-Allianz Deutschland

Svenja Almann

Schwedenstr. 15a

13357 Berlin

Mail: svanja.almann@klima-allianz.de

Tel.: +49 (0)30 7808995-21